

# Zu einer neuen Weltinformationsordnung

von *Paul Roth*

Niemand auf der Welt ist heute mit dem internationalen Informationsfluß, der Kommunikation auf der Erde, zufrieden.<sup>1</sup> Die heftige Auseinandersetzung um eine „Neue Weltinformationsordnung“ in der UNESCO zeigt es. Die vereinfachte Darstellung in manchen Zeitungen kann zu dem Urteil führen, es handle sich nur um eine politische Auseinandersetzung zwischen Ost und West. In Wirklichkeit geht es um ein Problemknäuel. Einige Fäden dieses Knäuels sollen die Vielfalt der Problematik exemplarisch verständlich machen. Auch die katholische Kirche ist an einer Verbesserung der weltweiten Kommunikation interessiert.

## *1. Formel und Problem*

Seit dem Gipfeltreffen der blockfreien Staaten 1973 in Algier und der Außenministerkonferenz 1975 in Lima fordern blockfreie Staaten und Entwicklungsländer immer lauter eine Änderung der bestehenden „Weltinformationsordnung“. Zur Erklärung muß man hinzufügen, daß es eine solche „Ordnung“ im Sinne einer völkerrechtlichen Vereinbarung nicht gegeben hat und nicht gibt. Diese Forderung wurde in unmittelbarem Zusammenhang mit der Forderung nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ erhoben.

1974 tauchte in einem UNESCO-Papier die Formel „Neue Kommunikationsordnung“ auf. Die Formel „Neue Weltinformationsordnung“ (NWIO) geht auf das Jahr 1976 zurück. Sie wurde in der Schlußresolution eines Symposiums von Vertretern blockfreier Staaten im Jahre 1976 in Tunis verwandt. Seit der XXI. Generalkonferenz der UNESCO im Jahre 1980 wird die Formel „Neue Weltinformations- und Kommunikationsordnung“ verwandt (NWIKO).

Die Formel NWIO oder NWIKO ist neu. Das Problem ist alt. Es geht darum, daß der Besitz von Informationen und die Möglichkeit, sie zu verbreiten, gleichzeitig die Möglichkeit bietet, zu beeinflussen oder sogar Macht auszuüben. Die Geschichte liefert – angefangen beim Alten Testament – reichlich Beispiele hierfür.

## *2. Binsenwahrheiten*

Bevor wir auf die aktuelle Situation eingehen, müssen einige Binsenwahrheiten aufgezählt werden, die bei der Diskussion um die NWIKO häufig übergangen werden:

---

Dr. Paul Roth ist Professor für Politikwissenschaft und Publizistik in München.

1. Zu allen Zeiten ist Information nicht nur zweckfreie Mitteilung gewesen, sondern auch der Versuch, den Empfänger zu beeinflussen.
2. Unter den verfügbaren Informationen muß immer eine Auswahl getroffen werden. Niemand kann alle täglich anfallenden Informationen aufnehmen oder verarbeiten.
3. Die Informationsauswahl wird bewußt oder unbewußt getroffen auf Grund von Wertvorstellungen, Weltanschauungen, wirtschaftlichen oder politischen Strukturen.
4. Der Besitz von Informationen und die Möglichkeit zur Verbreitung von Informationen ist die Voraussetzung für Konfliktlösungen und Hilfe, aber auch für Einflußnahme und Macht ausübung.
5. Weder der Versuch, durch Information zu beeinflussen, noch die Informationsauswahl sind verwerflich, solange das eigene Ziel erkennbar ist und andere Informationen zugänglich sind.
6. Die Informations- und Kommunikationspolitik innerhalb eines Staates ist ebenso wie die grenzüberschreitende Informations- und Kommunikationspolitik abhängig von der jeweiligen Staats- und Gesellschaftsordnung, ihrer Entstehung, Kultur, ihrem Entwicklungsstand.
7. Die Religions- und Glaubensfreiheit steht immer in Beziehung zur Meinungs- und Pressefreiheit.

### *3. Der erste Versuch der UN*

Nach Ende des zweiten Weltkrieges hat es drei große Versuche gegeben, den weltweiten Informationsfluß zu verändern, die Kommunikation zwischen Menschen, Völkern und Staaten zu verbessern. Der erste Versuch ging – auf Anregung der USA – von den Vereinten Nationen aus. Dahinter stand die Überzeugung, daß das freie Sammeln und die freie Verbreitung von Informationen auf der ganzen Welt dem Frieden und Fortschritt dienen würden. Im Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN (1948) wurde dies als Menschenrecht formuliert. Die Bemühungen der UN, durch genaue Vereinbarungen diese Informationsfreiheit auch praktisch zu verwirklichen, scheiterten am Widerstand der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten, Südafrikas und Saudiarabiens. Die Entwicklungsländer waren damals noch eine Minderheit in den UN.

Man muß jedoch hinzufügen: Hätten sich die UN durchsetzen können, so hätten damals von einer solchen Informationsfreiheit vor allem die nordamerikanischen Weltnachrichtenagenturen und Medienkonzerne profitiert.

### *4. Die Forderungen der Entwicklungsländer*

Der zweite Versuch ging, wie bereits erwähnt, von Entwicklungsländern aus. Die Entkolonialisierung nach Kriegsende brachte zahlreiche neue Staaten hervor, durchwegs Entwicklungsländer. Die Kolonialmächte hatten ihnen künstliche Grenzen hinterlassen, die verschiedene – oft durch Grenzen zerteilte – Stämme mit unterschiedlichen Religionen, Kulturen, Sprachen umschlossen. Die neuen Machthaber standen vor der schwierigen Aufgabe, daraus Nationen/Staaten mit einem funktionierenden politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen System zu formen. Vor allem aber galt es, ein Staats- und Nationalbewußtsein zu entwickeln.

Zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme war der „Süden“ auf die Hilfe des „Nordens“ angewiesen. So entstand auch die Forderung nach einer „Neuen Weltinformationsordnung“ im Zusammenhang mit der Forderung nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“. Zuerst ging es um die Forderung, der Norden solle den Entwicklungsländern beim Aufbau von Mediensystemen im eigenen Land helfen. Auch müßten die Entwicklungsländer die Möglichkeit haben, sich angemessen am internationalen Informationsfluß zu beteiligen.

Den Weltnachrichtenagenturen wurde vorgeworfen, daß sie weder ausreichend noch zutreffend über die Entwicklungsländer berichteten. Die blockfreien Staaten schufen die sogenannte POOL-Agentur, die allerdings bis heute den Weltnachrichtenagenturen keine Konkurrenz machen kann. Die Vorwürfe gegen die Weltnachrichtenagenturen richteten sich vor allem gegen die westlichen Agenturen AP, UPI, Reuters, AFP. Die sowjetischen Agenturen TASS und NOWOSTI hatten zwar eine Monopolstellung im sozialistischen Machtbereich – mit Ausnahme Chinas und Albaniens –, aber in der übrigen Welt genossen sie kein hohes Ansehen. Schließlich richteten zahlreiche Entwicklungsländer heftige Vorwürfe gegen das ungehemmte Einströmen ausländischer Medien, die auf Grund ihrer Darstellungsweise die einheimischen Sitten und Kulturen zerstören würden. Die Vorwürfe richteten sich vor allem gegen Produkte nordamerikanischer Medienkonzerne: Illustrierte, Fernsehreihen, Filme und ähnliches.

Das heißt, zahlreiche Entwicklungsländer forderten gleichzeitig zwei schwer miteinander vereinbare Regelungen. Auf der einen Seite wollten sie einen Schutz gegenüber unerwünschten Informationen und Medien aus dem Ausland. Auf der anderen Seite forderten sie eine weltweite freie Verbreitung ihrer eigenen Informationen. Sie forderten ferner, daß die Nachrichtenauswahl international dem Frieden und Fortschritt dienen und sich gegen Neokolonialismus und Rassismus wenden solle.

### *5. Exkurs über die NWIO-Forderungen*

Fast alle Entwicklungsländer haben autoritäre Herrschaftsordnungen, haben Informationsministerien, die lenken oder kontrollieren, die Zensur ausüben. Während im Innern kein Pluralismus gewährt wird, fordert man ihn weltweit, vor allem in den UN und der UNESCO. Seit den sechziger Jahren verfügen die Entwicklungsländer in der UN und der UNESCO über eine Mehrheit. Und seit 1976 ist das Thema NWIO/NWIKO ein fester Bestandteil jeder UNESCO-Generalkonferenz.

Es ist unverkennbar, daß einige Praktiken und Forderungen von Entwicklungsländern in Bezug auf eine NWIO/NWIKO große Ähnlichkeiten mit der Praxis sozialistischer Staaten haben. Die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten haben sich diese Tatsache zu Nutzen gemacht und behaupten: „Wir sind die wahren Freunde der Entwicklungsländer im Kampf gegen den Neokolonialismus und für eine Neue Weltinformationsordnung“. Es lag und liegt im Interesse der Sowjetunion, die Nord-Süd-Problematik mit der Ost-West-Problematik zu vermengen. Es braucht nicht näher erklärt zu werden, daß keine westliche Demokratie, um etwa irgendeinen Kompromiß zu erreichen, zum Beispiel das Menschenrecht auf Meinungs- und Pressefreiheit zur Disposition stellen kann. Hier sind die Positionen unvereinbar. Gleichzeitig wäre es jedoch politisch unklug, durch eine harte Konfrontation die Entwicklungsländer geradezu in die Arme der sozialistischen Staaten zu jagen. Schließlich wäre es durchaus angebracht, sich in die Situation der Entwicklungsländer zu versetzen und gleichzeitig einen Blick in die Vergangenheit europäischer Staaten zu werfen.

Der Kampf um die Demokratie, um Menschenrechte begann zum Beispiel in England und Frankreich erst lange nachdem die Nationalstaaten entstanden waren. Die europäischen Herrscher hatten Medien ganz gezielt für die Schaffung dieser Nationalstaaten eingesetzt. Viele Entwicklungsländer sind keine Nationalstaaten. Die Medien werden eingesetzt, um überhaupt einmal ein Staatsbewußtsein zu fördern und die Stammesinteressen den Staatsinteressen einzuordnen.

Die westliche Demokratie ist nicht in einem Vierteljahrhundert fertig gewesen und in Deutschland ging sie wieder unter, weil die Weimarer Republik - wie es jemand spitz formuliert hat - eine „Demokratie ohne Demokraten“ war. Vorerst fehlen in vielen Entwicklungsländern noch die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Grundlagen für eine Demokratie. Man denkt immer noch in Stammeskategorien, nicht in Parteikategorien und Parteiprogrammen. Das Staatsoberhaupt eines Entwicklungslandes hat es einmal so ausgedrückt: „Bei uns bedeutet Politik Polarisierung.“

Das alles bedeutet nicht, daß auf die Demokratie als Entwicklungsziel der Entwicklungsländer verzichtet werden soll. Aber noch fehlen viele Voraussetzungen. Und vielleicht wird die Demokratie in Afrika oder Asien die Menschenrechte nicht so sehr als Individualrechte herausstellen wie es in den westlichen Demokratien geschieht. Ist die Menschenrechtsidee, die im Abendland gewachsen und durch die Aufklärung formuliert worden ist, überhaupt unverändert in Länder übertragbar, die in ihrer eigenen Tradition eine Voraussetzung für die Konsolidierung ihrer jungen Staaten sehen?

Einer meiner afrikanischen Studenten sagte mir: „Natürlich wünsche ich mir für die Zukunft meines Landes Presse- und Meinungsfreiheit. Aber im Augenblick wäre dies ein selbstmörderischer Luxus.“ Ein afrikanischer Delegierter formulierte auf einem UN-Seminar: „Wie sehr ein Staat auch immer die Informationsfreiheit zu sichern wünscht, er könnte nicht gestatten, daß der Gebrauch dieser Freiheit zur Desintegration der Nation führt.“

## *6. Das Dilemma westlicher Demokratien*

Die westlichen Demokratien sahen sich einer fast unlösabaren Aufgabe gegenüber. Durchwegs wurde anerkannt, daß die jungen Staaten Medienstrukturen brauchen, daß sie ein Recht haben, selber im internationalen Nachrichtenfluß zu Wort zu kommen. Westliche Industriestaaten haben direkt oder indirekt (durch ihre Beiträge an die UNESCO) technisch und finanziell geholfen. So ist zum Beispiel die afrikanische PANA-Agentur mit bundesdeutscher Hilfe entstanden. Schon 1964 wurde in Rom der INTERPRESS-SERVICE gegründet, der sich speziell mit Problemen der Dritten Welt befaßt.

Aber bereits bei der Gewährung von finanzieller oder technischer Hilfe stellte sich die Frage, ob man solche Hilfe auch ausgesprochenen „Unrechts-Regimen“ in Entwicklungsländern gewähren soll, wie zum Beispiel Idi Amin in Uganda, Karmal in Afghanistan. Die Forderung nach inhaltlicher Festlegung von Informationen, nach staatlicher Lenkung der Medien und nach staatlichem Kontrollrecht der grenzüberschreitenden Information wurde von westlichen Demokratien zurückgewiesen. Nach einem heftigen Zusammenstoß zwischen westlichen Demokratien und Entwicklungsländern, die von der Sowjetunion gestützt wurden, auf der Generalkonferenz der UNESCO 1976 in Nairobi, kam es auf den Generalkonferenzen 1978 und 1980 (MacBride-Bericht) zu Kompromißresolutionen. Anfang der achtziger Jahre hatten einige Entwicklungsländer erkannt, daß von sozialistischen Staaten technische und finanzielle Hilfe in größerem Umfang

nicht zu erwarten war, auch schreckte der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan ab. In Afghanistan hat die Sowjetunion energisch ein sozialistisches Mediensystem forciert.

Für die Sowjetunion war die Diskussion um die NWIO/NWIKO ein politisches Instrument zur Abwehr eines freien Informationsflusses, der die sozialistischen Regime gefährden würde. Die angebliche Unterstützung der Entwicklungsländer war nichts anderes als ein Versuch, diese dem eigenen Einfluß- und Machtbereich einzugliedern.

### *7. Der Kampf der Sowjetunion gegen einen freien Informationsfluß*

Der Versuch westlicher Demokratien, in den KSZE-Verhandlungen eine Verbesserung des Informationsflusses in Europa zu erreichen, ist unter der Bezeichnung „Korb Drei“ der Helsinki-Schlußakte (1975) bekannt geworden. Vor der Unterzeichnung der Schlußakte hatte die Sowjetführung jedoch schon erklärt, daß die staatliche Souveränität immer Vorrang vor dem freien Informationsfluß habe. Das war völlig konsequent, denn die sozialistischen Regime stützen sich auf den Dreizack: Herrschaftsmonopol, Ideologiemonopol, Informations- und Meinungsmonopol. Jeder Versuch, dieses Monopol zu durchbrechen oder auch nur zu durchlöchern, wird als „Einmischung in innere Angelegenheiten“, „ideologische Diversion“, „psychologische Kriegsführung“ bekämpft. Der Versuch der UN nach dem Krieg war unter anderem am Widerstand der Sowjetunion gescheitert. Störsender wurden gegen die Auslandssendungen eingesetzt, während gleichzeitig die Moskauer Rundfunksendungen in alle Welt gingen.

Seit Beginn der siebziger Jahre kämpfte die Sowjetunion hartnäckig gegen die Gefahr, daß ausländische Fernsehsendungen über Satelliten direkt auf Bildschirm in andere Länder geraten könnten. Geschickt nutzte sie die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer NWIO, um das Informationsmonopol im eigenen Machtbereich abzusichern. Die von der Sowjetunion betriebene Vermengung des Nord-Süd-Konfliktes mit dem Ost-West-Konflikt verschlechterte die Position der Entwicklungsländer.

Als von westlicher Seite nach 1975 die Verwirklichung von Korb Drei (verbesserter Informationsaustausch) gefordert wurde, leitete die sowjetische Führung eine sich ständig steigernde Konterpropaganda gegen den freien grenzüberschreitenden Informationsfluß ein. In den UN und der UNESCO nutzte sie jede Gelegenheit, um den freien Informationsfluß als „Verletzung der Souveränität“, als „elektronischen Imperialismus“ zu diffamieren. Gleichzeitig bot sie ihr eigenes System der gelenkten und kommandierten Massenmedien den Entwicklungsländern als nachahmenswertes Vorbild an.

Ob die Kündigung der amerikanischen Mitgliedschaft in der UNESCO politisch weitreichend ist, bezweifeln auch Verbündete der USA. Sie ist unter anderem eine Folge davon, daß die Nord-Süd-Probleme vom Ost-West-Konflikt überdeckt worden sind. Die Sowjetunion hat in der Problematik der NWIO konsequent darauf hingearbeitet. Unterstützt wurde sie nicht nur von sozialistischen Staaten, sondern auch von der Internationalen Journalistenorganisation (IOJ), die ihre Zentrale in Prag hat.

### *8. Die katholische Kirche und die NWIO*

Die katholische Kirche hat sich an den Diskussionen um die NWIO beteiligt und Entwicklungsländern bei der Einrichtung von Medien geholfen (zum Beispiel durch den Catholic Media Council). Sie konnte hierbei auf ihren Beitrag zu Kommunikation

zwischen den Völkern – vor allem durch ihre Missionstätigkeit – verweisen. Sie verfügt heute in fast allen Teilen der Welt über Massenmedien. Radio Vatikan strahlt Sendungen in mehr als 40 Sprachen aus. Die katholische Kirche wird unterstützt von katholischen Weltorganisationen wie UCIP (Presse, Journalisten), UNDA (Rundfunk und Fernsehen), FIAC (Nachrichtenagenturen), OCIC (Film). Seit 1947 arbeitet in Paris das „Internationale katholische Zentrum für die UNESCO“ (CCIC). Die katholische Kirche hat ihr Recht, weltweit die christliche Botschaft zu verkünden, immer aus göttlichem Auftrag abgeleitet.

Über Jahrhunderte hinweg hat sie jedoch Medien bekämpft oder unterdrückt, die sie als gefährlich oder häretisch ansah. Die „Wahrheit“ hatte Vorrang vor der „Freiheit“. Erst unter Pius XII. (1939-1958) und Johannes XXIII. (1958-1963) änderte sich dies. Die Freiheit der Meinungsausübung wurde als natürliches Recht des Menschen anerkannt. Der untrennbare Zusammenhang zwischen Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit (plus Informationsfreiheit) wird heute überall von der katholischen Kirche betont. Gerade sozialistische Herrschaftsordnungen (an der Spitze das atheistische Regime in Albanien, aber auch das sowjetkommunistische System) beweisen augenfällig, daß Meinungs- und Glaubensfreiheit miteinander verbunden sind, daß überall dort, wo keine Meinungsfreiheit gewährt wird, auch die Religionsfreiheit beschränkt oder zumindest gefährdet ist.

Bevor noch die Formel „Neue Weltinformationsordnung“ das Licht der Welt erblickte, griff die Pastoralinstruktion „Communio et Progressio“ (1971) ihre wichtigsten Themen auf. Sie forderte unter anderem: Meinungs- und Informationsfreiheit; Hilfe für das Kommunikationswesen der Entwicklungsländer; Schutz der überlieferten Kultur, der einheimischen Sitte; Religiöse Rundfunk- und Fernsehsendungen für jene Christen, die nicht über Medien verfügen können.

Diese Pastoralinstruktion wird heute überall in der katholischen Kirche herangezogen, wenn die Problematik der NWIO diskutiert wird. Sie bietet kein ausgearbeitetes Modell für die NWIO an. Dies wäre heute auch gar nicht möglich, da die Akzente innerhalb der katholischen Kirche in Bezug auf die NWIO unterschiedlich gesetzt werden. Die Position der katholischen Kirche in Südamerika unterscheidet sich zum Beispiel von der Position in Afrika oder Europa. Einig sind sich jedoch alle Richtungen in der Forderung, daß die Verbreitung der Frohbotschaft nicht behindert werden darf.

Papst Johannes Paul II. hat immer wieder auf die Bedeutung der Information und der Massenmedien für den Frieden hingewiesen und „Übergriffe, Mißbräuche und Diskriminierungen“ verurteilt, „die auf politischer, wirtschaftlicher und ideologischer Macht gründen“. Er hat es jedoch vermieden, die Haltung der katholischen Kirche gegenüber der NWIO mit einer der drei Positionen zu identifizieren, die im Text skizziert worden sind. Es gibt bis heute keine vollständige Übersicht über die Anstrengungen und Hilfen der katholischen Kirche für die Medienentwicklung in den Entwicklungsländern, für die weltweite Kommunikation. Wahrscheinlich war es mehr als das, was mancher Industriestaat geleistet hat, der stolz seine Zahlen vorweist.

Noch ist die Bedeutung der Massenmedien, die Bedeutung der Diskussion über die NWIKO nicht überall in der katholischen Kirche erkannt. Und diejenigen, die sich damit in der Kirche befassen, sind sich einig darin, daß viel mehr getan werden müßte und könnte. Es beginnt bei der Tatsache, daß es nicht schwer ist, Spenden zum Beispiel für ein Krankenhaus in einem Notgebiet zu bekommen, daß es aber sehr viel schwieriger ist, zum Beispiel für Journalistenausbildung in Entwicklungsländern zu sammeln. Es geht nicht nur um Druckmaschinen und Rundfunkstationen, es geht um ausgebildete

Journalisten, Redakteure und Techniker für Entwicklungsländer. Theologen, Publizisten und Kommunikationswissenschaftler müßten ihren Beitrag leisten, sich stärker Fragestellungen wie „Kirche und Kommunikation“, „Ethik und Journalismus“, „Meinungs- und Glaubensfreiheit“, „Neue Weltinformationsordnung“ zuzuwenden. Auf dem 13. Weltkongreß der UCIP (1983) wurde die Aufgabe der Kirche im Bereich der Kommunikation mit dem Satz beschrieben: „Servir la vérité, garder la liberté, – Der Wahrheit dienen, die Freiheit wahren.“

<sup>1</sup> Der Text gibt den Gedankengang des Referats vom 21.3.1985 vor der UCIP-Ratsversammlung in Rom wieder. Das Referat wurde frei gehalten, dieser Text ist keine wörtliche Wiedergabe, sondern eine etwas erweiterte Fassung.

## SUMMARY

The expression „New Communication Order“ was created within UNESCO in 1974, it became „New World Information Order“ two years later and is since 1980 the „New World Information and Communication Order“ (NWICO). The word ist new, but the problem old since already deep in history people through information tried to also exert power. For the Developing Countries the NWICO is related to the „New World Economic Order“. On the one hand many developing countries want protection from foreign information and media where as on the other hand they want their own information to be spread internationally. With this situation one has also to consider that many developing countries do not have democratic traditions who also in Europe developed over a long period of time. The whole subject has quite some political implications and became part of the power struggle between the two big political blocks. The catholic Church underlines since Pope Pius XII. and John XXIII. the right for the freedom of information and expression. In the Pastoral Instruction „Communio et Progressio“ there are some considerations related to the subject. A full treatment of the NWICO by the church however is not yet given.

## RÉSUMÉ

L'expression „Nouvel Ordre de Communication“ a été créé à l'UNESCO en 1974; deux ans plus tard, elle changea en „Nouvel Ordre Mondial de l'Information“, et depuis 1980 en „Nouvel Ordre Mondial de l'Information et de la Communication“ (NOMIC). Le mot est nouveau, tandis que le problème est ancien, parce que déjà d'après l'histoire, l'homme chercha à exercer le pouvoir à travers l'information. Pour les pays en voie de développement, le NOMIC est relationné avec le „Nouvel Ordre Mondial de l'Economie“. D'une part, beaucoup de ces pays désirent être protégés des informations étrangères, mais d'autre part, ils désirent la diffusion internationale de leur propre information. Dans cette situation, il faut considérer que beaucoup de pays en voie de développement ne possèdent pas de traditions démocratiques comme l'Europe. Le sujet entier contient des considérables implications politiques et devient une part de la lutte entre les deux grands blocs politiques. L'Eglise catholique souligne déjà depuis les Papes Pie XII et Jean XXIII le droit pour la liberté d'information et d'expression. Dans l'instruction Pastorale „Communio et Progressio“ on trouve quelques considérations concernant ce sujet. Un traitement complet sur le NOMIC par l'Eglise n'existe pas encore.

## RESUMEN

La expresión „Nuevo Orden de la Comunicación“ ha sido elaborado por la UNESCO en 1974; dos años más tarde esta expresión cambió a „Nuevo Orden Mundial de la Información“ y desde 1980 a „Nuevo Orden Mundial de la Información y la Comunicación (NOMIC). Si bien la sigla es nueva el problema es antiguo. Según lo muestra la historia, desde hace siglos el hombre ha buscado la manera de ejercer su poder a través de la información. Para los países en vías de desarrollo, el NOMIC está relacionado con el „Nuevo Orden Mundial de la Economía“. Por una parte, muchos de estos países desean protegerse de las informaciones extranjeras, mientras que por otra parte ellos desean que haya una difusión internacional de su propia información. En esta situación habría que considerar que varios de los países en vías de desarrollo no poseen una tradición democrática como en Europa. El tema en su integralidad contiene considerables implicaciones políticas y llega a ser una parte de la lucha entre los dos grandes bloques políticos. La Iglesia católica ha destacado desde Pio XII y Juan XXIII, el derecho a la libertad de información y expresión. En la Instrucción Pastoral „Communio et Progressio“ se hayan algunas consideraciones sobre este sujeto. Sin embargo hasta ahora la Iglesia no ha tratado el tema en toda su extensión.